

4. Oktober 2002

Brief von Prof. Habib an die Initiative gegen das Irak-Embargo in Deutschland

Prof. Dr. K. A. Habib, PSF 129, 12679 Berlin, Germany
Tel. & Fax: 00 49 30 54 14 150, E. Mail: khabib@t-online.de

Initiative gegen das Irak-Embargo in Deutschland

Herrn Hans von Sponeck und

Herrn Joachim Guilliard

anna.schiff@t-online.de

Sehr geehrter Herr J. Guilliard,

dankend habe ich Ihren Brief mit der Einladung zum internationalen Irak-Kongress erhalten.

Ich freue mich sehr, dass Sie und Ihre Kollegen sich für die Sache des Volkes im Irak, d.h., dass Sie sich gegen das Embargo und den eventuellen Krieg gegen Irak einsetzen. Dies ist sehr wichtig für die Bevölkerung sowohl in Deutschland als auch in Europa. Ich bewundere Ihr Engagement und unterstütze es sehr, jedoch bemängle ich Ihrem Programm die unverständliche Haltung gegenüber dem Regime im Irak.

Auf Grund meiner Kontakte mit vielen Irakern, Deutschen und anderen Menschen verschiedener Nationalitäten glaube ich zu wissen, dass die einseitige Haltung sehr viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit in dieser Angelegenheit verloren gehen, da Sie in keiner Weise über den Charakter des despotischen Regimes im Irak und seine Verbrechen gegen das Volk und die Oppositionskräfte erwähnen. Nach meiner Meinung wird man kaum an Einfluss auf die Frage des Embargos und Friedens gewinnen, wenn man auf diese Art und Weise an die Sache herangeht.

Ich bin ein Gegner des Regimes. Es gibt über 3,5 Millionen Iraker, die im Ausland leben und als Gegner des Regimes betrachtet werden können. Diese Menschen sind gewillt für die Sache des Irak etwas zu tun, aber man muss richtig an die Sache herangehen.

Ich bin gegen die Pläne der USA, sowohl in der Frage des Embargos, als auch des Anschlages bzw. des Krieges. Der Beschluss des US-Senats über die Befreiung des Iraks ist nicht die Aufgabe der USA, sondern die des irakischen Volkes. Das Volk braucht die Solidarität der Völkergemeinschaft, um sich von dem despotischen Regime befreien zu können.

Ich bin auch der Meinung, dass die USA und Großbritannien durch ihre Durchsetzung des Embargos für die vielen Toten und kranken Menschen verantwortlich sind.

Sie sind sicherlich nicht damit einverstanden, dass das despotische Regime im Irak für die Menschenrechtsverletzungen und Kriege der letzten dreißig Jahre verantwortlich ist. Diesbezüglich kann ich Ihnen viele Dokumente zusenden, die Sie davon überzeugen werden. Sollte Saddam Hussein weiter herrschen, wird er weitere Katastrophen für das Land und die Nachbarn verursachen.

Ich bin ein Menschenrechtler, Friedenskämpfer und Mitglied der amnesty international und deswegen bin ich gegen das Embargo und den Krieg. Gleichzeitig bin ich gegen die Verbrechen, die im Irak durch das Regime geschehen. Obwohl ich Ihre Meinung achte, kann ich nicht verstehen, dass Sie sich einerseits für die Opfer des Embargos und gegen den Krieg und andererseits nicht für die Menschenrechte, die tagtäglich im Irak durch das Regime grob verletzt werden, einsetzen. Ich hoffe, dass ich diesen Eindruck, den ich bis jetzt durch Ihre Irak-Aktivitäten bekam, nicht den Tatsachen entsprechen.

Beispielsweise erwähnte Herr von Sponeck, während eines Fernsehauftritts nicht einmal die Gräueltaten des Regimes im Irak. Ich kann diese Haltung nicht verstehen und nicht akzeptieren.

Ich werde bereit sein mit Ihnen zusammenzuarbeiten, wenn Sie die groben Verletzungen der Menschenrechte durch das Regime in gleicher Weise anprangern, wie Sie gegen das Embargo und den eventuellen Krieg vorgehen. Dann werden Sie auch die Zustimmung und Unterstützung von mir und vielen im Exil lebenden Irakern erhalten.

Ihre heutige Haltung, die sich in Ihrer Einladung widerspiegelt, kann mich nicht überzeugen. Deswegen werde ich an Ihrem Kongress nicht teilnehmen.

Ich füge Ihnen in der Anlage einige meiner Artikel, in deutscher als auch in arabischer Sprache, über die Lage der Menschenrechte in meiner Heimat Irak bei. Diese Artikel sollten die Grundlage zu einem Dialog mit Ihnen sein, damit Sie und Ihre Mitfechter meine Haltung besser verstehen können. Ich bin grundsätzlich gegen das Embargo und den eventuellen Krieg. Gleichzeitig bin ich gegen das Regime und kämpfe für die Demokratisierung des Landes ohne Krieg und Verletzung der Menschenwürde und -rechte im Irak.

Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Hochachtungsvoll

K. A. Habib

E-Mail: khabib@t-online.de

Anlagen:

1. Verletzung der Menschenrechte im Irak (in Deutsch)
2. Gegen das Embargo (in Deutsch)
3. Die neue Weltordnung und die Politik der USA (in Arabisch)
4. Al-Anfal im irakischen Kurdistan (in Arabisch)

4. Oktober 2002

Antwort von Joachim Guilliard (Initiative gegen das Irak-Embargo in Deutschland) an Prof. Habib

Sehr geehrter Herr Habib,

vielen Dank für Ihre ausführliche Antwort.

Sie können versichert sein, dass wir uns keine Illusionen über den Charakter des herrschenden Regimes machen. Ich selbst habe Anfang der 80er gegen den Krieg gegen den Iran protestiert, wie später gegen den Giftgasangriff auf Halabja.

Unsere Differenzen liegen also allein darin, was aktuell das vernünftigste Vorgehen einer deutschen/europäischen Opposition gegen Embargo und Krieg ist. Wir sehen unsere Aufgabe vorwiegend darin, unsere Land dazu zu bringen, sich gegen einen neuen Krieg zu stellen und nicht länger an einer mörderischen Embargopolitik festzuhalten. Wir konzentrieren uns dabei darauf, die Argumente derer zu entkräften, die in irgendeiner Form an einer gewalttätigen Politik gegen den Irak festhalten wollen. Die Kritik am Regime spielt dabei für uns aus zweierlei Gründe eine geringere Rolle: zum einen ist diese Kritik allgemein bekannt und wird sowohl von der Regierung wie von den Medien auch immer wieder als Begründung für eine Fortsetzung strenger Maßnahmen gegen den Irak angeführt.

Zum Zweiten gehen wir davon aus, dass bei der Irakpolitik des Westen, und besonders der USA Menschenrechtsfragen keine Rolle spielen, sondern allein wirtschaftliche und geopolitische Interessen.

Ich halte es für selbstverständlich, dass Sie als politisch aktiver Iraker einen ganz anderen Schwerpunkt in ihrer politischen Arbeit haben und für Sie die Kritik am Regime und das Streben einer demokratischen Alternative im Vordergrund stehen.

Ich fände es aber wichtig, dass wir an der Schnittstelle, wo wir unmittelbar gemeinsame Ziele haben – Krieg und Embargo – zusammen arbeiten.

Wir haben Sie ja auch eingeladen, um der hier lebenden demokratischen Opposition – neben der Vertreterin von amnesty international und einem kurdischen Vertreter – Gelegenheit zu geben, ihrer Kritik am Regime Ausdruck zu geben und ihre Haltung zum aktuellen Konflikt USA-Irak zu erläutern.

Wie ich auch in einem Brief an Herrn Sadik al Biladi ausführte (den ich beifüge), halte ich Ihren Wunsch, dass über die Solidarität mit der irakischen Bevölkerung nicht die Kritik am Baath-Regime vergessen wird, für verständlich und er hat auch meine Unterstützung.

Problematisch finde ich das Beharren auf einer Fortsetzung der internationalen Isolierung des Regimes. Das kollidiert meiner Meinung nach unweigerlich mit einem Engagement gegen den drohenden Krieg und gegen das Embargo.

Wer das Land selbst – im Interesse seiner Bürger – aus der Isolierung befreien und das Embargo beenden will, wird dies nicht an der aktuellen Regierung vorbei tun können. (Die Alternative wäre der rasche Sturz des Regimes und der wäre unter den heutigen Bedingungen nur durch den US-Krieg möglich.)

Die notwendige Normalisierung der wirtschaftlichen, wie diplomatischen Beziehungen würde keinesfalls eine Rehabilitierung des Regimes bedeuten. Die Kritik bzgl. Menschenrechte und Demokratie im Irak wäre dadurch ja nicht vergessen.

Die irakische Opposition ist sich doch weitgehend einig darin, dass Krieg und Embargo das Regime nicht geschwächt, sondern gestärkt hat. Dann ist es doch nur folgerichtig, wenn man davon ausgeht, dass sich politische Spielräume erst mit dem Ende dieser, für die Menschen im Irak so verheerenden Politik, und mit dem Wiederaufbau des Landes eröffnen werden. Warum sollte das herrschende Regime nach Wegfall der äußeren Aggression nicht ähnlich rasch zusammenbrechen, wie die argentinische Junta nach dem Malweenkrieg.

Unter den aktuellen Bedingungen, wo die USA an allen Fronten daran zu arbeiten, ein US-freundliches Regime zu installieren (das auch nur auf Gewalt und Repression aufgebaut sein kann), und im Irak die nackte Not herrscht, sehe ich keine Möglichkeiten für eine Überwindung des Baathregimes durch eine fortschrittliche Alternative.

Was natürlich ein Insistieren auf die Einhaltung von Menschenrechten nicht überflüssig macht. Aber auch dafür wäre es nötig, dass der Kontakt zur irakische Führung von Seiten der europäischen Regierungen intensiviert wird. Ganz im Sinne z.B. der Konfliktforscher Johan Galtung und Jan Oberg, von denen ich ihnen zwei aktuelle Texte mitschicke.

Der Kongress am 1. und 2. November wird Gelegenheit geben diese Fragen zu diskutieren. Wie Sie dem Programm entnehmen können, wird ein breites Spektrum von Meinungen vertreten sein und er wird in seiner Gesamtheit mit Sicherheit keine unkritische Solidarität mit der irakischen Führung zum Ausdruck bringen, sondern vor allem, so hoffe ich, dass es verschiedene andere Wege als Krieg und Embargo gibt. Ich würde mich daher freuen, wenn Sie Ihre Ablehnung einer Teilnahme noch einmal überdenken und stattdessen Ihren Vorstellungen eines solchen Weges in die öffentliche Diskussion einbringen würden.

Mit freundlichen Grüßen,

Joachim Guilliard

Initiative gegen das Irakembargo Deutschland

Sprecher:

– Hans von Sponeck (ehem. UN-Koordinator für den Irak), Tel.: 0041-227-744440

– Joachim Guilliard, Tel.: (0171) 5813890 / Fax: [49] (6221) 168995, E-Mail: joachim.Guilliard@t-online.de

Internet: <http://www.embargos.de>

7. Oktober 2002

Antwort von Annette Schiffmann (Initiative gegen das Irak-Embargo in Deutschland) an Prof. Habib

Sehr geehrter Herr Habib,

wegen meines USA-Aufenthaltes komme ich erst jetzt dazu, Ihnen zu antworten.

Herr Guilliard hat Ihnen ja auch schon geschrieben, es ist mir aber ein besonderes Anliegen, auch selbst zu antworten. Ich bedaure sehr, dass Sie sich gegen eine Teilnahme an unserem Kongress entschieden haben.

Ich persönlich halte die Regierung im Irak für zutiefst undemokratisch und in keiner Weise unterstützenswert, und ich kenne niemanden in der Kongressvorbereitung, der dieser Auffassung widersprechen würde. Die Sanktionen jedoch haben eindeutig und auf dramatische Weise nicht diese Regierung, stattdessen aber die Bevölkerung und hierbei wie immer die Schwächsten, nämlich die Kranken und die Kinder getroffen. Selbstverständlich werden Sie alle diese Zahlen und die Auswirkungen genauer kennen als wir.

Nun droht auch noch ein Krieg – und wir alle wissen, dass von Kriegen wiederum nicht die herrschende Regierung, sondern die Bevölkerung betroffen sein wird.

Wir alle wissen auch und können es im Moment ja mitverfolgen, dass die Androhung eines Angriffskrieges immer einen Solidarisierungseffekt mit der jeweiligen Regierung mit sich bringt – eine Schwächung jeglicher Opposition also.

Wir sind – wie Sie ja auch – der Meinung, dass der seit über zehn Jahren international verhängte Ausnahmezustand gegen Ihr Heimatland erst einmal aufgehoben werden muss, damit für alle Iraker und Irakerinnen eine Chance entstehen kann, sich gegen undemokratische Verhältnisse im eigenen Land zu wehren.

Wir respektieren Ihre Bedenken gegenüber der Auswahl der Kongressteilnehmer.

Wir wollen Ihnen aber hier noch einige Daten zu bedenken geben:

Genau der von Ihnen genannten Vorwürfe wegen haben wir sowohl Dr. Hashimi als auch Herrn Alkazaz nach anfänglich anderen Überlegungen NICHT eingeladen.

Aus eben dem Grund, die Menschenrechtsverletzungen im Irak laut und deutlich zur Sprache zu bringen, haben wir sowohl die Generalsekretärin von amnesty international als auch Herrn Dr. Rowsch Schaways von der kurdischen Nationalversammlung sowie die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung gleich auf das Anfangspodium eingeladen. Die beiden Friedens- und Konfliktforscher Jan Oberg und Dr. Reinhard Mutz sind sicherlich auch höchst unverdächtig, die Position der irakischen Regierung zu vertreten, ebenso wenig der Theologe Professor Ulrich Duchrow oder der Parlamentsabgeordnete George Galloway.

Und schließlich haben wir Sie selbst ja genau deshalb eingeladen, damit der Standpunkt der Opposition öffentlich und durch eine lebendige Person vertreten wird.

Es wäre unserer Meinung nach sehr schade, wenn Sie diese Chance an einer solchen Stelle, die mit Sicherheit auf großes öffentliches Interesse auch der Medien stoßen wird, ungenutzt verstreichen lassen würden.

So möchte ich Sie also bitten, Ihre Ablehnung nochmals zu überdenken.

In diesem Sinne herzliche Grüße,

Annette Schiffmann